

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festschrieben.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Torquauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung und sonstiger Verhinderung auf Verlangen bezug. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amthliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Annaburgs 7 Goldpfennig, für längeren im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einsch. Anschlagsteuer, Schmiergelb und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher eingegeben.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesitz.

Nr. 115

Dienstag, den 28. Dezember 1926.

39. Jahrg.

Keine Zeitung für eifrige Leser.

* Bis auf die Fragen der Entente, der Ausfuhr von Kriegsmaterial und der Befestigungsbauten sind die zwischen Deutschland und der Entente noch stehenden Punkte durch Vereinbarung beigegeben worden.
* Der vorkriegsrechtliche Abgeordnete und Vizepräsident des Reichstages, Herr Dr. Gumbel, ist in die Entente übergetreten.
* Die ökonomischen politischen Streitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko haben zu einer amerikanischen Truppenabteilung in Nicaragua geführt.
* Der neue Herrscher von Japan hat in einer Proklamation an sein Volk erklärt, daß er künftig den Namen „Mitschuhito“ führen wird.

Keine Atempause.

In Neujahrstagen werden dieses Jahr namentlich die Leiter der deutschen Außenpolitik kaum gehen können; von einer politischen Atempause wird man diesmal nur wenig erwarten. Man drängt sich die Fragen, die Konflikte, die sich gerade in der letzten Zeit entsponnen haben. Nicht bloß der Streit um das Urteil in Danzig wird unmittelbar nach Weihnachten das politisch-diplomatische Getriebe schnellstens wieder in Gang bringen, sondern es ist auch in Ost- und Süd-Ost eine drohende Welle von politischen Himmel emporgezogen, die in ihrem Schöße unvorhergesehene Ereignisse bergen kann. Das neue Regime in Litauen, das sich vor allem wegen seines Gegensatzes gegen Polen zunächst sehr deutschfeindlich geäußert hat, ist zu Deutschland auszuweichen, aus dem Memelland geschritten, denen noch weitere folgen sollen. Das alles verlangt gespannte Aufmerksamkeit der Reichsleitung, verlangt vielerlei aber auch schnelles Handeln.

Das betrifft dabei aber ist es aber, das es sich hier um Dinge handelt, durch die unsere Volksgenossen im Ausland getroffen werden; denn vorläufig ist ja die Polz wie das besetzte Gebiet überhaupt noch eine Art Ausland für uns, da in Deutschland dort nur ein sehr geringwertiges Schutzrecht besteht, Fremdmächte dagegen fast schrankenlos herrschen. Gerade aber in den Tagen der so eifrigsten deutschen Arbeit, wenn das deutsche Volk unsere Gedanken hinausgewandert zu den Deutschen jenseits der Grenze. Im besetzten Gebiet, in Litauen, aber nicht minder auch in Sibiri und anderswo, überall dort, wo Deutsche wohnen jenseits unserer Grenzen, mag es ein trübes Weihnachten gewesen sein. Und wir dürfen uns vor der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Ausfall der deutschen Volksgenossen aus dem Vaterland nicht erfolglos geblieben ist, daß von dem Vaterland ein Stück der Welt mit ausgegipften Wogen des fremden Nationalismus angegriffen wird. Soll es wirklich deutsches Schicksal sein, nicht bloß wie früher jenseits der Ozeane fremden Völkern als Kulturträger zu dienen, sondern nun auch allmählich in jenen Gebieten untergeordnet zu werden, die vor vielen Jahrhunderten von Sachsen das Deutschstum sich und der Kultur mit Blut und Schwitz erobert hat?

Daher gibt es eigentlich gar keine Atempause für jene, in deren Hand die Bewahrung unseres Reiches und Volkes gelegt worden ist. Eifrigkeit dabei ist nur, daß dabei wenigstens innenpolitische Streitigkeiten nicht hemmend wirken können, weil ja die Auseinandersetzungen hierüber um längere Zeit vertagt sind, und es ist auf ja. Fragen sich wegen jener außenpolitischen Streitpunkte jetzt die parteipolitischen und innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht ganz zum Schweigen bringen lassen, so werden diese doch hoffentlich auf unser außenpolitisches Handeln ohne jede Wirkung bleiben. Wenn es ist kein untergeordneter Bedacht, bei dem Konflikt mit Frankreich wegen des Landauer Einmarsches anzunehmen, daß der französischen Regierung die Festpaße gar nicht so unbehagen ist; für uns wird sie nur ein Atempause sein, um dann mit stärkerer Wucht und größerer Energie den Widertritt einer uns bedrohenden Lösung entgegenzusetzen.

Wo alles heißt, da kann Polen allein nicht fern bleiben. Die unvorhergesehene in Ostpreußen überfallig sich wieder einmal; man hat an Tage vor Weihnachten in Katowitz acht Deutsche verhaftet, weil sie angeblich Agenten des deutschen Mitgliedes der „Gemischten Kommission“, Dr. Lufschel, gewesen seien. Wie unfinnig das ist, geht schon aus der Entschärfung hervor, daß sich die angeblich vorgefundenen Schriftstücke nur auf Verhandlungen des Jahres 1921 beziehen. Damals war Ostpreußen noch — deutsch. Freilich wird es der polnischen Regierung sehr unangenehm sein, daß es diesen Leuten getrieben war, die engen Beziehungen zwischen ihr und den Aufständischen, dazu die Teilnahme

von polnischen Truppen an jenem Aufstand festgesetzt zu haben.

Es ist überflüssig das gleiche; die Quälereien, denen das Deutschstum jenseits unserer Grenzen unterliegt, werden fortgesetzt ohne jede Berücksichtigung der Gedanken des Widerstandes und des Bundes der Väter. Man kann noch nicht sagen, daß hierin eine Besserung eingetreten ist, und nur selten erfreut uns eine Kunde wie die, daß jene Gemischte Kommission unter dem Vorsitz Galenders die Übergabe Polens in der Schlußfrage abgewiesen hat, daß auch in Ostpreußen deutsche Eltern ihre Kinder der deutschen Kultur zuführen und damit deutschem Volkstum erhalten können.

Ein Fest war uns beschieden, eine Atempause aber nicht gestattet; das ist deutsches Schicksal in der Gegenwart und es wird lange dauern, ehe wir einen Feiertag ohne Sorgen werden begehen können.

Deutlich Protest gegen die Memel-Ausweisungen

Die Ausweisungsbefehle aus Litauen an eine Anzahl Reichsdeutscher des Memelgebietes sind amtlich bestätigt worden. Die Reichsregierung hat den deutschen Gesandten in Kovno angeordnet, sofort energigsten Protest zu erheben und von der litauischen Regierung die Aufhebung der durch nichts gerechtfertigten Ausweisungsbefehle zu verlangen.

Ausweisung Reichsdeutscher aus dem Memelgebiet.

Königsberg. Nach einer Meldung aus Memel wurden der Gauvorsitzende Robert Seubner und seine Frau sowie Redakteur Barm von „Memeler Dampfboot“ und Redakteur Priester von der „Litauischen Rundschau“ in Heidelberg aus dem Memelgebiet ausgewiesen. Der Ausweisungsbefehl wurde mündlich von einem Beamten der Staatspolizei mitgeteilt. In der Mitteilung heißt es, daß die Ausweisung auf Verleumdung des litauischen Militärs in Memelgebiet erfolgt sei und daß die Betroffenen bis zum 1. Januar 1927 das Gebiet zu verlassen hätten. Gründe für die Maßnahme der Ausweisung wurden nicht angegeben. Neben den Redakteuren sind noch eine ganze Anzahl anderer deutscher Staatsangehöriger ausgewiesen worden.

Ein Stück weiter.

Wieder sind ein paar Streitpunkte aus der Welt geschafft worden, die auf dem Gebiete der deutschen Entwaffnung liegen und über die man schon seit vielen Monaten ergebnislos verhandelt hatte. Ein ganz besonders großer Stein des Anstoßes war der Entente die deutsche Schutzpolizei gewesen, in der man den Kern eines künftigen Heeres vermutete. In der ganzen Zeit, seitdem die Entwaffnung, denn die Schutzpolizei bestand, konnte sie nicht zu einer wirklichen Ruhe kommen, weil fortwährend neue Eingriffe der Entente erfolgten, Änderungen verlangt wurden, Zahl, Ausrüstung, Art der Ausbildung und Verwendung und die Organisation im allgemeinen nicht die Zustimmung der Völkervereinigung fanden. Jetzt hat man sich endlich zu einer Schlichtung entschieden und dabei die Gesamtzahl der Polizeikräfte auf 155 000 festgelegt. 105 000 davon umfaßt die staatliche Polizei, 35 000 die städtische; dazu kommen 15 000 Mann Hilfskräfte. Man weiß allerdings vorläufig noch nicht, wie weit die deutsche Regierung den Forderungen der Völkervereinigung nachgeben hat, bei der Organisation der Schutzpolizei die Stafierung größerer Truppen aufzugeben und dafür eine weitgehende Verteilung in kleine und kleine Abteilungen zuzulassen. Die Entente wird sich wohl auch davon nicht ablassen, daß die Erzählungen über die militärische Durchbildung der Schutzbeamten nichts als Märchen sind. Freilich verlangt der moderne Polizeidienst eine beträchtlich andere Ausbildung, als es bei der früheren Polizei der Fall war.

Das wesentliche dabei ist, daß die Schutzpolizei nun endlich einmal von der Entente in Ruhe gelassen wird. Diese händigen Eingriffe in unsere deutsche Angelegenheiten sind immer untragbarer geworden; wir können verlangen, daß man auf unsere Zugaben vertraut, nachdem man die Streitfragen schon jahrelang geradezu an den Haaren herbeigeführt hat, weil man wirkliche Angriffspunkte eben nicht mehr fand. Das gleiche gilt von dem zweiten Verlangen der Entente, die sogenannten „Schutzverbände“ aufzulösen. Die deutsche Regierung hat sofort bei Aufstehen dieser Forderung darauf verwiesen, daß die Verhandlung dieser Verbände eine innerdeutsche Angelegenheit im Rahmen der deutschen gesetzlichen Bestimmungen hierüber ist. Diese gesetzlichen Bestimmungen resultieren aus dem Versailler Friedensvertrag und die deutsche Regierung hat praktisch bewiesen,

daß sie dort, wo nach ihrer Ansicht ein solcher Verband militärischen Charakter hatte oder erhalten hatte, Zugriff und sofort mit einem Verbot einschritt. Gerichte wollten wissen, daß in Thüring der deutsche Aufsehermeister die Auflösung der politisch rechtlich bestehenden Verbände zugestimmt habe; dies war nicht der Fall, denn es wäre bei einer entsprechenden deutscher Gesetzesvorlage zu sofortigen innerpolitischen Auseinandersetzungen gekommen. Jetzt hat sich die Entente mit dem bestehenden gesetzlichen Zustand einverstanden erklärt, außerdem wohl ein deutsches Versprechen erhalten, wenn nötig, zu einer Ausdehnung der betreffenden Gesetzgebung zu föhreten.

In letzter Zeit war dann noch auf Grund angeblicher oder überlieferter Sachverhalte von der Entente behauptet worden, in der Reichswehr mehr erfolgten Entlassungen von Zeitsfreiwilligen, also ohne Anbahnung der Verpflichtung zu der vom Versailler Vertrage und demgemäß durch deutsches Gesetz vorgeschriebenen zwölfjährigen Dienstzeit. Der offizielle Bericht, der über die letzte Einigung mit der Völkervereinigung herausgegeben worden ist, berührt auch diese Frage der Entlassung in die Reichswehr, ohne aber sich näher darüber auszulassen, welche Zugaben seitens der deutschen Regierung erfolgt sind. Näheres darüber wird man erst erfahren, wenn in der ersten Januarwoche die entsprechenden Noten vorliegt sind.

Wenden nun noch einige schwierige Fragen, nämlich die der Disziplinierung und der Ausfuhr von sogenannten „Kriegsgeräten“ an. Auch hier ist es befreit, daß wir ein Stück auf dem Wege vorwärts gekommen sind, ohne daß wir uns hinsichtlich dabei allzu große Zugewinnnisse haben machen müssen. Am 31. Januar soll ja die Kontrolle über die deutsche Entwaffnung in der bisherigen Form abgebaut werden; noch aber ist nicht zu übersehen, wann diese Einrichtung endlich ganz beseitigt sein wird.

Die Restpunkte des Entwaffnungsprogramms.

Unsere Verhandlungen mit der Völkervereinigung. Die Verhandlungen, die Völkervereinigung von Hoefel und Geheimrat Priester in letzter Zeit mit der Völkervereinigung über gewisse Restpunkte des Entwaffnungsprogramms, nämlich Polizeifrage, vorübergehende Entlassungen in die Reichswehr und Sportverbände geführt hatten, haben zu folgendem Ergebnis geführt: Die Polizeifrage ist durch einen Rotenweissvertrag zwischen der Völkervereinigung und Herrn von Hoefel endlich geregelt worden. Die deutschen Polizeikräfte sind damit auf insgesamt 140 000 Mann festgesetzt, davon 105 000 staatliche Polizei und 35 000 Gemeindepolizei. Hierzu kommen noch 5000 polizeifähige Hilfskräfte. Ferner ist hinsichtlich der Einkeilung, und der Verbandsfrage ebenfalls volle Einigung erzielt worden. Die Völkervereinigung hat von der früher gestellten Forderung einer Auflösung von Verbänden Abstand genommen und das Vertrauen ausgedrückt, daß wenn sich etwa in Zukunft die getroffenen Maßnahmen nicht als ausreichend erweisen sollten, die deutsche Regierung selbst das nötige veranlassen wird.

Die Weihnachtsfeier des Reichspräsidenten

Flumenangebinde für Hindenburg.
Reichspräsident von Hindenburg erlebte das Weihnachtsfest in Berlin im engeren Familienkreise. Am Heiligen Abend vereinten sich um den Brennenden Tannenbaum der Präsident mit seinem Sohne und dessen Gemahlin und den beiden Enkelkindern, der fünfjährigen Gertrud und der um zwei Jahre jüngeren Selga. Gemeinsamer Gesang von Weihnachtsliedern leitete die Feier ein. Die Hindenburg entgegengedachte Beherung äußerte sich in mannigfaltig abgegebene Flumenangebinde. Ein Keworter Blatt weiß sogar zu melden, daß vor den Festtagen täglich im Palais des deutschen Reichspräsidenten als Weihnachtsgebilde für Hindenburg Hüben, Enten, Gänse, Truthähne, Schinken und Würste in großen Mengen aus dem ganzen Reiche eintrafen.

Soziale Pflichten für das deutsche Volk.

Aufbrüche des Reichsstaats.
Der geschäftsführende Reichsanwalt, Dr. Marx, bezeichnet in einem Weihnachtswunsch für das deutsche Volk als dringendstes Problem unserer Gegenwart und nächsten Zukunft die Frage der großen

Arbeitslosigkeit. Hier alle öffentlichen und privaten Möglichkeiten einer Weiterbildung auszunutzen, geben den Staatsbürgern und sozialen Verantwortungsbewusstsein. Darüber hinaus finden sich ferner gerade für die Betätigung der öffentlichen und privaten Volkswirtschaftspflege im Sinne sozialer Pflicht und christlicher Nächstenliebe ein unabsehbares und fruchtbares Arbeitsfeld. Mutterpflicht, Säuglingspflege, Schutz der Kranken und Schwachen, Erhaltung und Erhellung der Gesundheit — ringsumher und erwidert werden die Probleme vor uns! Sie der Lösung nachzubringen, ist nicht nur eine Frage geistlicher Mittel. Soziales Verständnis, tiefinnerliches sittliches Pflichtbewusstsein, nie verzagende Menschlichkeit müssen sich die Hand reichen, das Werk zu vollbringen.

Der „New York Herald“ bringt als Weihnachtsbotschaft Dr. Stresemann's Ausführungen des Reichsaussenministers, in denen er sich für eine Politik gegenseitiger Verständigung einsetzt. Er erklärt in seiner Botschaft nach einem Hinweis auf das Zustandekommen der Locarno-Politik: „Einen sehr glücklichen Umstand erblicke ich in der Tatsache, daß ich in Dr. Stresemann einen Staatsmann gefunden habe, der vollkommen die Lage verstand.“

Ein vorgekaufter Heberfall.

Französische Tendenzberichte.
Die französische Agentur Savas verbreitete zum Weihnachtstext eine Meldung, nach der zwei französische Soldaten beim Verlassen der Messe in der Mainzer Garnisonkirche von sieben betrunkenen Deutschen ohne Anlaß überfallen wurden, wobei der eine zu Boden ging, der andere leicht verletzt worden wäre. Diese Nachricht entbehrt indessen jeder Begründung.

Deutschereis ist festgestellt worden, daß ein französischer Soldat, der in der Trunkenheit seinen Revolver verloren hatte, seinen Vergeßenen, um einer Befreiung zu ergehen, einen überfall vorgekauft habe. Es konnte bisher noch nichts festgestellt werden, was die französischen Behauptungen über einen Zwischenfall bestätigen könnte.

Die französische Meldung erinnert an einen ähnlichen französischen Tendenzbericht, der gleich nach den Vorfällen in Gernersheim verbreitet worden war und demzufolge zwei französische Unteroffiziere durch einen deutschen Radfahrer angefaßt sein sollten. Auch damals konnte nichts ermittelt werden und die französische Behauptung mußte den deutschen Behörden nach einiger Zeit mitteilen, sie hätte „an der Ausfüllung des Falles kein Interesse“.

„Leuchtender Friede“.

Eine Botschaft des neuen Mikados.
Wie aus Tokio gemeldet wird, hat Kaiser Hirohito anlässlich der Thronbesteigung eine Botschaft an das japanische Volk gerichtet, in der er sich „Shouna“ (leuchtender Friede) nennt.

Für die Begrüßungsfeierlichkeiten des Mikados hat die Regierung den Betrag von 2.980.000 Yen vorgezogen. Eine dementsprechende Vorlage wird dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Mikado starb, wie noch bekannt wird, einen sanften Tod. An seinem Sterbetage, an dem die Kaiserin, der Prinzregent und die anderen Söhne anwesend waren, spielten sich ruhende Szenen ab. Die Kaiserin schloß dem Sterbenden, der an großem Durst litt, häufig Wasser ein, während der Prinzregent persisch die Temperaturmessungen vornahm.

Demerque und Briand haben dem neuen Mikado ihr Beileid zum Ableben des Kaisers Yoshihito übermittelt. In England ist anlässlich des Todes des Kaisers von Japan eine dreimonatige Hoftrauer angeordnet worden. Alle Schiffe der britischen Marine haben halbmäßige Besatzung.

Polnische Schulschikanen.

Calonder entscheidet für die Deutschen.
Im Mai 1926 sollten in Oberschlesien alle Eltern ihre Kinder zur deutschen Schule anmelden, die nicht wünschten, daß sie in polnische Schulen gehen. Nach dem Genfer Vertrage hat darüber, in welche Schule ein Kind in Oberschlesien geht, nur der Erziehungsbehörde zu entscheiden und niemand darf die Gründe zu dieser Entscheidung nachprüfen. Der Wohnort von Schülern ließ aber sämtliche, etwa 9000, Eltern vorladen und von ihnen erfragen, welches die Muttersprache des einzuschulenden Kindes sei. Dabei wurden alle diejenigen Kinder von den deutschen Schulen zurückgewiesen, die die polnische Sprache oder die polnische und die deutsche Sprache als Muttersprache angaben.

Der „Zeitschrift“ hat sich daraufhin beim Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien, Herrn Calonder, beschwert und Herr Calonder hat nach gründlicher Untersuchung festgestellt, daß die Polen in vollem Umfang den Genfer Vertrag gebrochen haben. Sie hatten zunächst gar kein Recht, die Eltern nach der Muttersprache der Kinder zu fragen, da das Genfer Abkommen den Prinzip der Verzichtung gegeben hat, wonach jede Person nach ihrem jeweiligen freien Willen die Frage entscheidet, ob sie der Winderheit oder der Mehrheit angehören will.“ In der Entscheidung erklärt Calonder weiter, daß alle in Frage kommenden Schüler unverzüglich den Winderheitsschulen zu überweisen sind. Strafmandate wegen Schulverweigerung dürfen nicht erlassen werden.

Wegen verschiedener Prozesse, die von polnischer Seite gegen die Gemeindevorstände in Oberschlesien erhoben worden sind, fanden in den letzten Pleß und Abnith Neuwahlen statt, die trotz des Terrors und der Einschüchterungsversuche der Polen für die Deutschen noch einen größeren Erfolg hatten als die Wahlen am 14. November. Sie brachten beispielsweise in Abnithum in Preße Pleß, wo die Hilfe der Deutschkatolischen Volkspartei für unzulässig erklärt war, den Deutschen fünf, den Polen fünf und der Autonom-Partei zwei Mandate, während am 14. November auf die polnischen Parteien sechs und auf die Autonom-Partei ebenfalls sechs Mandate entfielen.

Eine neue polnische Note.

Die Reichstags- und die Wahlen in Oberschlesien.

Die polnische Botschaft in Berlin hat dem Auswärtigen Amt in der Frage der Erklärung der Regierungsparteien des Reichstages zu den Gemeindevorwahlen in Oberschlesien eine weitere Note zugehen lassen. In dieser Note stellt die polnische Regierung fest, daß sie in der deutschen Note vom 3. Dezember zum Ausdruck gebrachten Standpunkt durchaus teilt, daß in bezug auf Oberschlesien die genaue Innehaltung des Genfer Abkommens für die deutsch-polnischen Beziehungen bestimmend sei. Die Erklärung der deutschen Regierungsparteien bedeute aber eine unzulässige Einschränkung in die Angelegenheiten Polens. Die polnische Note verweist hierbei auf Artikel 72 des Genfer Abkommens, der die Zukunft des Völkerbundes für die in dem Genfer Abkommen geregelten Fragen feststellt.

Eine Antwort auf diese polnische Note wird auf diplomatischem Wege erfolgen. Es sei jedoch schon hier bemerkt, daß von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates oder einer Beeinträchtigung der Zukunft des Völkerbundes keine Rede sein kann, wenn die deutsche Öffentlichkeit ihr Interesse an der Innehaltung eines Vertrages zum Ausdruck bringt, in dem Deutschland Vertragspartner ist.

Verstärkte Lage zwischen Amerika und Mexiko.

Eine Gegenregierung in Niharaqua.

Das schon seit langer Zeit zwischen Amerika und Mexiko bestehende getriebene Verhältnis hat von neuem eine Spannung erfahren. Amerikanische Marineoffiziere sind in dem Niharaqua geborenen Hafen Puerto Cabezas gelandet worden mit der Begründung, daß dort Leben und Eigentum amerikanischer Staatsbürger in Gefahr seien. Das Hafengebiet ist von dem amerikanischen Kommandanten als neutrale Zone erklärt worden. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ soll es bereits zwischen amerikanischen Matrosen und niharauanischen Soldaten zu einem Feuergefecht gekommen sein, bei dem zwei eingeborene Soldaten verwundet wurden.

Der Landungsort Puerto Cabezas ist das Hauptquartier einer gegen die konservativen Regierung Diaz bestehenden liberalen Gegenregierung, an deren Spitze Dr. Sacaja steht. Während General Diaz von den Vereinigten Staaten anerkannt und unterstützt wird, hat der Niharaqua die Gunst der mexikanischen Regierung, an deren Spitze General Calles steht. Wie es heißt, soll General Calles auch dem Gegenpräsidenten von Niharaqua Waffen und Munition zur Verfügung gestellt haben. Die mexikanische Regierung soll sogar Dr. Sacaja die Entsendung mexicanischer Truppen in Aussicht gestellt haben, woraus Präsident Coolidge die Landung amerikanischer Marineeinheiten in dem niharauanischen Hafen angeordnet hat.

Die amerikanische Truppenlandung dürfte also als eine Geze Amerikas gegen Mexiko anzusehen sein, deren Verhältnis zueinander durch eine Einschränkung der amerikanischen Westrechte in Mexiko außerordentlich getrübt ist. Ebenfalls scheinen in Amerika Kräfte am Werke zu sein, die auf einen Krieg mit Mexiko hinarbeiten. Demselben Gedanken gab auch anlässlich der Landung amerikanischer Marineeinheiten in Niharaqua der durch sein Eintreten für die Wiederhergabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums bekanntgewordene Senator Vorah Ausdruck, der betonte, daß offenbar der Versuch gemacht werde, eine amerikanische Intervention in Niharaqua herbeizuführen, um dadurch einen Krieg mit Mexiko zu ermöglichen. Allerdings tritt das Staatsdepartement in Washington offiziell allen Aktivitäten entgegen und erklärt, daß außer den Wünschen amerikanischer Staatsbürger in Niharaqua nach ausreichendem Schutz der amerikanischen Regierung kein weiterer Anlaß zur Landung der Marineeinheiten besteht.

Meuterei in Uruguay.

Unter der Garnison von San Petrito ist eine Meuterei ausgebrochen. Die Meuterer haben mit den unter Oberst Bariele stehenden Aufständischen gemeinsame Sache gemacht. Um die Bewegung zu unterdrücken, hat die Regierung von Uruguay ein größeres Truppenkontingent entsandt.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

Konflikt im Reichsrat.
Der Reichsrat beschäftigte sich mit dem Reichshaushaltsplan 1927, der nach dem Entwurf mit 8,5 Milliarden Reichsmark an Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht hält. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums bestritt, daß der Reichsrat das Recht habe, Einnahmehöhe im Einzelnen zu erhöhen. Diese Erhöhung ist gute kommen. Gegen diese Auffassung sprachen sich sowohl der Vertreter Bayerns wie der Preussens aus. Namens der preussischen Regierung verlangte Ministerialdirektor Dr. Nobis, an den sachlichen Verwaltungsausgaben Abschnitte von 10 % vorzunehmen, die eine Ersparnis von 92,5 Millionen ergeben würden. Diese Abschnitte würden dann die von den Ausschüssen des Reichsrats beschlossenen Erhöhungen, die von der Reichsregierung nicht mehr getragen werden könnten, wettmachen.

Erntessen Dr. Luthers in Berlin.
Der frühere Reichsminister Dr. Luthers traf in Begleitung von Staatssekretär a. D. Kemmer, der ihm nach Bremen entgegengefahren war, wieder in der Reichshauptstadt ein. Zum Empfang hatten sich Reichsminister Dr. Curtius, Staatssekretär Dr. Winder und Ministerialdirektor de Haas vom Auswärtigen Amt auf dem Bahnhof eingefunden. Der sibirische Gesandte de Porto Seguro, der sich ebenfalls auf dem Bahnhof eingefunden hatte, begrüßte Dr. Luthers und drückte seine Freude darüber aus, daß Dr. Luthers in Eile so schöne Tage erleben konnte.

Bayerische Titelverleihungen.

Die Regierung des Freistaates Bayern hat, wie im vorigen so auch in diesem Jahre, aus Anlaß des Weihnachtsfestes an eine große Zahl von Persönlichkeiten Titelauszeichnungen verliehen. Unter den Ausgewählten befinden sich Männer von Wissenschaft und Kunst, Vertreter des kommerziellen und des wirtschaftlichen Lebens, bayerische Parlamentarier, Angehörige der Landwirtschaft und der Arbeiterbewegung. Besonders zahlreich sind die Titelverleihungen im Ressort des Sozialministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Handelsministeriums. Unter anderem wurde der Titel eines Oberbürgermeisters verliehen den Ersten Bürgermeistern von München, Passau und Schweinfurt.

Gegen die Ausweisungen aus dem Memelgebiet.

Der deutsche Gesandte in Litauen hat seiner Instruktion gemäß gegen die Ausweisung der Reichsdeutschen aus dem Memelgebiet bei der litauischen Regierung Protest erhoben. Der litauische Ministerpräsident Professor Wolodemas, hat zwar, die Angelegenheit gelegentlich seines Besuchs in Vilna zu untersuchen.

Vizepräsident des Preussischen Landtages Garnich gestorben.

An den Folgen einer Gallenleidenoperation ist der Vizepräsident des Preussischen Landtages, Geheimrat Regierungsrat Hugo Garnich, gestorben. Er war Regierungsbaumeister beim Eisenbahndirektion Altona und Berlin sowie beim Eisenbahndirektion und Mitglied des Parlamentes. Als Rittermeister der Kavallerie war er während des Krieges beim Generalgouvernement in Belgien tätig. In seiner parlamentarischen Tätigkeit hat er sich besonders der Berufsinteressen der technischen Beamten angenommen. Die Gattin des Verstorbenen, die ebenfalls in der vorigen Session Mitglied des Preussischen Landtages war, ist die Tochter des früheren national-liberalen und späteren demokratischen Abgeordneten Friedberg. Mandatsnachfolger Garnichs im Preussischen Landtag ist nach der Kandidatenliste der Berliner Justizrat und deutschpolnische Parteimitglied der Berliner Volksliste und deutschpolnische Parteimitglied der Berliner Volksliste.

Italien.

Die neue Armeeorganisation in Italien. „Popolo d'Italia“ veröffentlicht die neue Armeeorganisation. Die Armee besteht danach aus 20 Armeekorps zu je zwei bis drei Divisionen und überdies aus den Militärkommandos von Sizilien und Sardinien. Das vier Armeekorps von Verona mit Vojen und Benedig besteht aus drei Divisionen, das fünfte von Triest mit Udine, Görz und Pola aus vier Divisionen. Die Zahl der Militärergänzungsbezirke bleibt wie bisher 115.

Aus In- und Ausland.

Paris. Nach einer Meldung aus Nes hat das französische Oberkommando wegen der sich häufenden Unruhen neuer Umrühen in Marokko beschlossen, die verbliebenen Führer der Stämme zu internieren, die sich nicht unterworfen haben.

Paris. Wie der „Chicago Tribune“ aus Sofia gemeldet wird, hat die bulgarische Polizei etwa 100 Personen im südlichen Bulgarien verhaftet im Zusammenhang mit der Verhaftung eines kommunistischen Komplotts.

Wom. Mussolini soll beabsichtigen, den polizeilichen Überwachungsdienst an der italienischen Grenze zu verstärken. Die Gestapooffiziere sollen von 100 auf 150 und die Polizeitruppen auf 50 erhöht werden. Eine entsprechende Verstärkung sollen auch die unteren Stellen erfahren.

Stockholm. Nach einer Meldung des „Express“ soll die Regierung des holländischen Königs Wilhelms Juliana mit dem zweiten Sohn des schwedischen Kronprinzen verheiratet werden.

Welschefer (Pensylvanien). Der Vorsitzende des Marineausschusses des Repräsentantenhauses, Butler, erklärte, die Vereinigten Staaten müßten nachher hinsichtlich der Marinekräfte an die dritte Stelle gerückt sein, eine neue Flotte bauen. Als Kosten des Baues gab er 400 Millionen Dollar an.

Spritschmuggler entführen 10 Zollbeamte.

Ein norwegisches Vandalenstückchen.
Am Abend vor Weihnachten hatten zehn norwegische Zollbeamte in Dröbak im Sjöfjord eine Motorjacht, die schon lange unter dem Verdacht stand, Spritschmuggel zu treiben, besetzt. Die Besatzung an Bord flüchtete und gleichzeitig nach einem Rettungsversuch interniert. Als der Zollkreuzer ankam, war das Döbak kommen sollte. Die Besatzung der Motorjacht bestand aus zehn Zollbeamten und sechs Vandalenstückchen, über die die Zollbehörde verfügt, nahmen sofort eine gründliche Streife im Sjöfjord vor. Die Schmugglerjacht sollte angeblich von den Zollbeamten nach einer nahegelegenen Untergrundstation geführt werden. Unter den Besatzung haben offenbar die Schmuggler das Schiff außerhalb der norwegischen Hoheitsgrenzen geführt.

Große Kälte im Süden.

Schnee an der Riviera.
Zeit einigen Tagen herrscht in ganz Frankreich eine ungewöhnliche Kälte. In Paris ist das Thermometer nur auf 4 Grad unter Null gesunken; aber aus anderen Orten werden Temperaturen von 9 bis 14 Grad gemeldet. In Paris sind zwei Personen erkrankt und sechs Personen mußten von der Straße sofort ins Krankenhaus gebracht werden. Im Elsaß verzeichnet man 17 Grad unter Null. An der Riviera ist Schnee gefallen.
Weihnachtstage brachten Spanien eine bisher ungekannte Kälte. In Madrid ist selbst wurden 6 Grad Kälte festgestellt. Der Argenteer erlitt durch heftige Schneestürme starke Störungen. In der Provinz Santander drang ein Rudel hungriger Wölfe in die Dörfer ein. Mehrere Menschen sind erkrankt.
In ganz Italien sind während der Feiertage heftige Regengüsse niedergegangen, in Oberitalien bis Florenz Schneefälle. In Venedig richtete der Sturm an über verschiedene Kirchen an. Die Ägäe in Oberitalien erlitten beträchtliche Verwüstungen. In der Umgebung von Mailand liegt der Schnee 20 Zentimeter hoch.

das die laufende Zeit beendet und mit der Unterbrechung eine neue Frist von 2 bzw. 4 Jahren ihren Lauf beginnt.
Ein rechtskräftig festgesetzter Anspruch, ein Anspruch aus einem vollstreckbaren Urteile, oder ein durch Feststellung im Konkursverfahren vollstreckbar gewordener Anspruch unterliegt der Verjährungsfrist von 30 Jahren.

— **Licht Cure Anwartschaft in der Angestelltenversicherung nicht verfallen.** Nach einer Sonderbestimmung des Angestelltenversicherungsgesetzes gelten alle Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1923 als aufrechterhalten ohne Rücksicht darauf, ob für einzelne Jahre zu wenig Beiträge oder kein Beitrag entrichtet wurde. Von 1924 an aber muß in jedem Jahre eine bestimmte Mindestzahl von Beitragsmonaten nachgewiesen werden, sonst gehen die Ansprüche aus der Versicherung verloren. Die Nachzahlungspflicht für freiwillige Beiträge für das Jahr 1924 endet mit dem 31. Dezember 1926. Bis zum Schlusse des Jahres 1926 hat jeder Versicherte, für den seit 1913 wenigstens vier Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung nachgewiesen sind, noch die Möglichkeit, seine Versicherung aufrechterhalten oder wieder auflösen zu lassen. Von dieser Möglichkeit sollte jeder Versicherte, der noch berufstätig ist, Gebrauch machen. Die unbeschränkte Nachzahlung freiwilliger Beiträge ist nur für ein Jahr zurück zulässig, dagegen können zwar nicht mehr alle, wohl aber Beiträge, die notwendig sind, um den Verfall der Anwartschaft zu hindern, für das Jahr 1924 noch bis 31. Dezember 1926 nachgezahlt werden. Das Gesetz verlangt, daß der Versicherte vom zweiten bis elften Kalenderjahre der Versicherung an jährlich mindestens acht, vom 12. Kalenderjahre der Versicherung an jährlich mindestens vier Beitragsmonate nachweist. Wer im Jahre 1914 oder später in die Angestelltenversicherung eingetreten ist, muß demnach für 1924 acht Beitragsmonate nachweisen können. Nur für diejenigen, der bereits seit 1913 der Angestelltenversicherung angehört, genügen für 1924 vier Beitragsmonate. Freiwillige Beiträge sind mindestens in der Gehaltsklasse zu entrichten, die dem Durchschnitt der letzten vier Pflichtbeiträge entspricht. In einer niedrigeren Gehaltsklasse ist die freiwillige Weiterversicherung

nur zulässig, wenn diese Gehaltsklasse dem Einkommen entspricht. Die Beiträge sind durch Marken zu entrichten. Ein genauer Auszug im Schalterraum der Post unterrichtet über die Beitragsklassen. Nach einem am 3. Dezember 1926 vom Reichstage angenommenen Gesetz, dessen Verlesung in den nächsten Tagen zu erwarten ist, sind für Erwerbslose die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge zur Angestelltenversicherung durch die Gemeinde aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu entrichten. Die für 1924 noch nötigen Beiträge sind bis zum 31. Dezember 1926 in Klasse A (2 Mk.) nachzutragen. Der Gemeinde (Kassenrechnung) sind, soweit Beiträge fehlen, zu diesem Zwecke die grüne Versicherungskarte und die etwa vorhandene Aufrechnungsbescheinigung über eine volle Karte vorzulegen. Ferner ist der Nachweis, ob der Eintritt in die Angestelltenversicherung im Jahre 1913 oder später erfolgt ist und demnach vier oder acht Beitragsmonate nachzuweisen sind, durch Vorlage der alten gelben Versicherungskarte, des Kontoabchlusses usw. zu führen. Nachfragen bei der Reichsversicherungsanstalt sind möglichst zu vermeiden. Jeder Versicherte besitzt die Unterlagen, aus denen ersichtlich ist, ob und wieviel noch erforderlich sind.

Schlusssdienst.

Vermischte Drahtnachrichten vom 26. Dezember.

Sindenburg Ehrenbürger von Wohnungen.
Berlin. Auf Antrag des Magistrats beschloß die Stadtverordnetenversammlung von Wohnungen einstimmig, die Sechshundertfährer der Stadt am 29. Juni 1927 zu beehren und den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Sindenburg zum Ehrenbürger zu ernennen.
Die Weihnachtsfeier für 170 Jährige der Reichswehr zu Leutnants befördert, die im Herbst die Offiziersprüfung bestanden haben. Für besonders gute Schießleistungen wurden die dafür vorgesehenen Ehrenfäbel verliehen.

Explosionsunfall am Heiligen Abend.
Kassel. Am Heiligen Abend ereignete sich in dem Hause Annstraße 166 ein schwerer Explosionsunfall. Ein dort wohnender Malergeselle hatte in einem Stubenfenster eine Fliegerabwehrbohrmaschine zur Erinnerung an den Weltkrieg aufbewahrt. Am Heiligen Abend wurde dieser Ofen geheizt, ohne daß die Bohrer entfernt worden wäre. Als dann die aus vier Personen bestehende Familie zur Weihnachtsfeier versammelt war, explodierte die Bohrer und rief den Ofen auseinander. Der Malergeselle, seine Ehefrau, sein vierjähriges Kind und sein Vater wurden verletzt, der Gesammter selbst lebensgefährlich. Alle fanden Aufnahme im Krankenhaus.

Todessturz in einem Bärenhaus.
Breslau. In einem großen Bärenhaus am Ring stürzte ein etwa 35 Jahre alter unbekannter Mann, der sich vom 2. Stockwerk das Leben und Treiben in den unten gelegenen Räumen ansah, infolge eines Schwundens auf dem Boden die Wehrung in die Tiefe. Der Körper schlug auf einen Betonpfeiler auf, dessen Glasplatte zerbrach wurde. Der Mann starb auf dem Wege nach dem Spital.

Zwischenfall im russischen Konsulat in Paris.
Paris. Im russischen Konsulat in Paris hat ein 40 Jahre alter russischer Staatsangehöriger Streit mit einem Konsulat gehörende Polizist in einem Zimmer ausgetragen, der schließlich über den Verfall der Ehre, die er für sich selbst übergeben hat, erklärte, früher in Diensten des Großfürsten Boris gestanden zu haben, dem zukünftigen französischen Polizeikommissar.

Das englische China-Memorandum.
London. Das Foreign Office veröffentlicht den Wortlaut des Memorandums, das der britische Gesandtschaftsrat in Peking den Vertretern der Signatarmächte des Washingtoner Vertrages überreicht hat. Die britische Regierung schlägt vor, daß die Mächte eine Erklärung erlassen, in der die wesentlichen Zusätze der gegenwärtigen Lage dargelegt werden und die Bereitschaft ausgedrückt wird, in Verhandlungen über eine Revision der Verträge und über alle anderen schwebenden Fragen einzutreten, sobald China selbst eine verbindungsähnliche Regierung gebildet habe. China wider seinen Willen eine ausländische Kontrolle aufzuzwingen, müsse ausdrücklich von der Hand gewiesen werden.

Neujahrs-Glückwunschkarten

Neujahrskarten mit Namensdruck liefern schnellstens. Bestellungen hierauf erbitte umgehend.



Kaiser's Brust-Caramellen
mit den „3 Tannen.“

helfen hier. Wie lästig, wie quälend ist den Husten, wie gefährlich der Keuchhusten, wie schlimm das kratzende Gefühl im Hals bei Verschlimmung, bei Heiserkeit. Hier helfen nur die berühmten, seit 35 Jahren bewährten Kaiser's Brust-Caramellen. Paket 40 Pfl. Dose 90 Pfl. Zu haben bei: Apotheker A. Schmorde, Drogerie Otto Schwarz, Theobald Schunke, Otto Biemann's etc. u. wo Plakate sichtbar.

**Sprechapparate-
Schallplatten,**
neue Schlag, haben eingetroffen.
Fritz Rödler, Markt 20.

E. Uffmann, Jessen
liefert frisch
eiserne Bauträger, Stallpfeiler,
Stallfenster, Baupfeiler, Drahtnägel
zu äußersten Tagespreisen.
Kostenanschläge ohne Berechnung.

Der Deutsche Rundfunk
die größte Funkzeitung, bringt alle Programme und großen Unterhaltungs- und Bastlerzeit. Nur 50 Pfl. jede Woche. Abonnementsbestellung bei jedem Briefträger. Preisnummern kostenlos vom Verlag Berlin Nr. 24

Torgauer Kreis-Kalender
für 1927
mit vollständigem Marktverzeichnis, Preis 50 Pfl.
Heimatkalender f. den Kreis Schweinitz
Preis 1.00 Mk.
Köhler's Deutscher Kalender,
Preis 60 Pfl., zu haben bei
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig
Seeben erscheint
In seibenter, neubearbeiteter Auflage:
MEYERS LEXIKON
12 Halblederbände
Über 160.000 Artikel auf 20.000 Spalten Text, rund 5000 Abbildungen und Karten im Text, fast 800 z. T. farbige Bildertafeln und Karten, über 500 Textbeispiele. Bd. I, II, IV u. V kosten je 30 RM., Bd. III 33 RM.
Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Anknüpfungen

Besteste und reellste Bezugsquelle für
Neue Gänsefedern
aus erster Hand!
Alle Federn garantiert gewaschen und staubfrei. Federn wie man sie von der Gans rupft mit allen Daunen p. Pfd. 2,50, beste 3,50
Pr. Halbdaunen p. Pfd. 1,50
Dreiviertel Daunen Ia. p. Pfd. 6,75
Weiche zarte Vollpaunen 9,75, 11,—
Mit d. Hand ger. Federn m. Daunen 4, 5.
Beste zart und weich. „ 6,20, 5,75
Rein weißer Daunenkleber „ 3,25, 7,50
Versand gegen Nachn. von 5 Pfd. ab portofrei. Nichtgefallendes nehme auf meine Kosten zurück.
J. Graupe, Neu-Trebbin (Oderbruch).
Gegründet 1841.

Radio-Anlagen!
Telefunken, fix und fertig mit Aufstellern zu billigsten Preisen durch
Wilhelm Grahl.

Moderne
Briefpapiere
in Kassetten und Packungen in weiß und farbig neu eingetroffen
Hermann Steinbeiß,
Papier-Handlung.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß Annaburg

Am 31. Dezember abends 8 Uhr feiert der **Gefellige Maurer- u. Zimmererverein** im Saale des Herrn Däumichen sein **Sylvester-Bergnügen**, wozu Freunde und Gönner des Vereins herzlichst eingeladen werden.
Der Vorstand.

Arb. = Radfahr = Bund „Solidarität“
Ortsgruppe Annaburg
veranstaltet am Freitag, den 31. Dezember in den Räumen der Neuen Welt einen **Sylvester-Ball** mit allerlei Ueberraschungen. — Mühen gratis! Es laßt freudlich ein **Kassenöffnung 7 Uhr.**
Der Vorstand.

Wir drucken alles
für Geschäfte:
Briefbogen, Umschläge
Rechnungen, Postkarten
Kataloge, Kataloge
für Vereine:
Festprogramme, Festsieder
Einladungen, Satzungen
Mitglieds-Karten
für Private:
Verlobungs-Karten, Hochzeits-Einladungen, Dankkarten und Trauerbriefe

Annaburger Zeitung
Herm. Steinbeiß, Annaburg.

Kinderschlitten Schlittschuhe
in allen Größen empfiehlt
Fritz Rödler, Markt 20.

Erstklassige **Rot- u. Weißweine** (direkt vom Weingütern bezogen), fliehet zu Originalpreisen
J. G. Hollmigs Sohn.
Brief-Ordner Schnellhefter
in Quart- u. Folio-Format empfiehlt
H. Steinbeiß, J. G. Hollmigs Sohn.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß Annaburg

J. G. Rucher-Male
Frische Büdinge
geräuch. Schellfisch
Kieler Sprotten
empfeht
J. G. Hollmigs Sohn.

Gratt's Hundefutchen
Küdenfutter
Geflügelfutter
Pfd. 30 Pfl., zu haben bei
J. G. Frischke.

Obst- u. Gemüse-Konferven
in reichhaltiger Auswahl empfiehlt
J. G. Hollmigs Sohn.

J. G. Hollmigs Sohn.
ff. Apfelgele
Bund 40 Pfl. empfiehlt
J. G. Hollmigs Sohn.

ff. Harzer Zimburger Schweizer Käse
Zister Käse (Camembert) empfiehlt
J. G. Hollmigs Sohn.

ff. Bienenhonig
à Pfd. 1.80 Mk. mit Glas zu haben bei
J. G. Frischke.

Schrankpapier,
gemustert, empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit danken wir hiermit herzlichst.
Otto Lönninger und Frau Elli
geb. Krausch
Annaburg,
den 28. Decbr. 1926.

Ämtlicher Teil!

Anordnung.

Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Erzeugnissen vom 16. Juli 1916 (RGBl. S. 751) sowie der Erlasse des Herrn Ministers des Innern vom 31. August 1916 - V 16460 II - sowie der Herren Minister für Volkswohlfahrt, des Innern, für Landwirtschaft, Domänen, und Forsten sowie für Handel und Gewerbe vom 22. Oktober d. Js. - I M II 3209/26 - II E 3057 III. M. d. 35. - IV 36976 M. f. L. D. u. Z. - II b 10 256 M. f. S. u. G. werden hiermit für die Provinz Sachsen folgende Ausnahmen von den Vorschriften des § 4 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Erzeugnissen, vom 15. Juni 1897 (RGBl. S. 475) zugelassen:

In Räumen, in denen Butter feilgehalten wird, ist das Feilhalten von Margarine oder Kunstseife gestattet, wenn diese Feilarten räumlich derart getrennt ausgeföhrt werden, daß eine Verwechslung ausgeschlossen ist. Ueber oder an den feilgehaltenen Vorräten sind an auffallenderen Stellen deutlich lesbare Schilder mit der Aufschrift: „Verkauf von Butter“, „Verkauf von Margarine“, „Verkauf von Kunstseife“, anzubringen.

Diese Verordnung tritt in jedem Regierungsbezirk mit dem Tage der Verkündung im Amtsblatte in Kraft. Magdeburg, den 4. November 1926.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen. S. W. gez. Dr. Hausmann.

Veröffentlicht: Torgau, den 14. Dezember 1926.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht: Annaburg, den 27. Dezember 1926.

Der Amts-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Unter Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen ordne ich hermit folgendes an:

Der Betrieb des Barbiers, Friseur- und Beräudermacherhandwerks und die Beschäftigung von Arbeitern (Geiseln, Gesellen und Lehrlingen) in diesem Gewerbe wird am Sonntag, den 2. Januar 1927, ausnahmsweise von 8 bis 11 Uhr vormittags gestattet.

Merseburg, den 4. Dezember 1926.

Der Regierungspräsident. gez. Grünher.

Veröffentlicht: Annaburg, den 27. Dezember 1926.

Der Amts-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Vom Provinzialverband von Sachsen ist die Stadtschaft der Provinz Sachsen mit dem Sitz in Merseburg gegründet worden, die am 1. Dezember 1926 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Diese ist gebildet worden durch Vereinigung von Eigentümern bebauter oder in bebauung befindlicher, in der Provinz Sachsen gelegener Hausgrundstücke oder von Erbbauberechtigten solcher Hausgrundstücke. Sie hat die Aufgabe, zum gemeinsamen Nutzen des Mißglückten durch Hypotheken geföhrte Tilgungsarbeiten zu beschaffen, insbesondere den Kleinwohnbau für die minderbemittelte Bevölkerung zu fördern.

Näheres ist aus der Satzung ersichtlich, von welcher ein Exemplar in der Kreisparthei ausliegt. Torgau, den 16. Dezember 1926.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses. Wehr.

Veröffentlicht: Annaburg, den 27. Dezember 1926.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Der Kaiser von Japan †.

Deutsche Beileidsunterscheidungen.

Der Kaiser von Japan ist in seinem Palast Hanamada gestorben. Der Tod des schwer leidenden Monarchen war schon mehrere Male gemeldet worden, ohne daß sich die Nachrichten allerdings bestätigt hatten. Beim Hinscheiden des Kaisers besah sich, wie Totiater Telegramme bezeugen, die Kaiserin der Kronprinz Hirohito und der Wirklichepräsident am Thronfolger. Im Kaiserpalast wurde eine besondere Halle hergerichtet, in der der Leichnam des Kaisers in vollem Ernst aufgebahrt wurde. Die Beerdigungsfeierlichkeiten werden wahrscheinlich im Februar und März stattfinden. Man befürchtet, daß der Tod des Kaisers infolge der Aufhebung der Geschäftstätigkeit die japanische Geschäfts- und Finanzwelt schwer treffen wird, da am Jahresende das Geschäft immer sehr lebhaft ist.

Anlässlich des Ablebens des Kaisers von Japan haben die Reichsregierung und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dem japanischen Vorkaiser in Berlin ihr Beileid ausgedrückt. Zum Zeichen der Trauer haben das Palais des Reichspräsidenten und das des Reichkanzlers sowie



Japans neuer Herrscher

Hirohito steht im Thronsaal. Er ist auf der Abbildung in Tokio erlagen und hat im Mai 1921 eine Europareise gemacht, auf der er England, Frankreich, Belgien, Holland und Italien besuchte.

das Anbärtliche Amt auf halbmaß gesetzt. Der Reichspräsident hat an den neuen Kaiser von Japan das folgende Telegramm gerichtet: „Schmerzlich bewegt von der Nachricht des Hinscheidens Seiner Majestät des Kaisers Yoshihito bitte ich Euer Majestät, die Versicherung meines aufrichtigen und tiefempfundnen Beileids entgegenzunehmen zu wollen.“

Der Kaiser Yoshihito von Japan wurde am 31. August 1849 in Tokio als Sohn des Kaisers Mutsuhito und dessen Gemahlin Saruto aus dem Hause der Fürsten Nishitsu geboren. Im November 1889 wurde er zum Kronprinzen ernannt und folgte seinem Vater nach dessen am 30. Juli 1912 erfolgten Tod auf dem Thron. Am 10. Mai 1900 betrat er Sadato, eine Tochter des Fürsten Nishitsu, welche er am 29. April 1901 geheiratet. Der Kaiser Hirohito der jetzige Thronfolger ist. Seine schwere geistige Erkrankung des Kaisers machte im November 1921 die Einsetzung des Kronprinzen als Regenten nötig.

Reparationsachlieferungen im November

Für 28 Millionen Mark.

Im Monat November sind für Frankreich 303 Verträge im Werte von 24,2 Millionen Reichsmark genehmigt worden. Hierdurch erhöht sich der Wert aller in der Zeit vom 1. September 1924 bis zum 30. November 1926 genehmigten französischen Sachlieferungsverträge (ohne den französischen Sachlieferungsverträge) auf 361,9 Millionen Reichsmark. Von den Novemberverträgen beziehen sich Verträge im Werte von über 7,2 Millionen Reichsmark auf Lieferungen für Kriegsbefehdichte, während der Rest auf Verträge mit anderen Personen und die französische Verwaltung entfällt. Den Hauptteil der Verträge über Sachlieferungen und Sachlieferungsverträge bilden Verträge über Adermittels und Telegraphenleitungen. Für Verträge wurden im Berichtsmontat 120 Verträge im Werte von 3,8 Millionen Reichsmark genehmigt. Der Gesamtwert aller seit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes genehmigten Sachlieferungsverträge stellt sich damit auf rund 78 Millionen Reichsmark. Von den Novemberverträgen beziehen sich 13 Verträge auf die Lieferung chemischer Produkte im Werte von 2 Millionen Reichsmark.

Freigabe deutschen Eigentums in Frankreich.

Ein deutsch-französisches Kallabkommen.

Durch Notenaustausch zwischen dem Auswärtigen Amt und der französischen Vorkassat in Berlin ist ein deutsch-französisches Vereinbarung über die Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Frankreich in Kraft gesetzt worden. Es handelt sich um ein umfangreiches, zahlreiche technische Einzelpunkte behandelndes Abkommen, über das im Oktober d. J. in Berlin zwischen einer deutschen Delegation unter Führung des Präsidenten des Reichsausschusses, Dr. Füll, und einer französischen Delegation unter Führung des Herrn Alphonse Verhaeghe eine Einigung erzielt worden ist.

Die französische Regierung hat die Genehmigung der Erklärung abgegeben, daß sie das auf Grund des Verfallener Vertrages unter Seiner Majestät deutsche Eigentum, soweit dessen Liquidation am 30. Oktober 1926 noch nicht eingeleitet worden war, freigeibt und bei denjenigen deutschen Vermögenswerten, die bis zu diesem Tage nicht unter Seiner Majestät gestellt worden sind, endgültig auf ihr Eigentumsrecht verzichtet. Im übrigen hat sich die französische Regierung bereit erklärt, an Deutschland die überschüssigen auszugeben, die aus den Liquidationserlösen nach Abhebung gewisser nach dem Verfallener Vertrag auf ihnen ruhenden Verbindlichkeiten verbleiben.

Die Zeitung „Excelsior“ teilt mit, daß ein neues Kallabkommen zwischen deutschen und französischen Inhabern der noch bestehenden deutschen Verträge in der Absicht der Verhandlungen, die am 10. April 1925 in Lugano begonnen haben und im Oktober und November 1926 in Amsterdam weitergeführt worden sind.

Gegen das Kriegserichtsurteil.

Erste deutsche Vorstellungen.

Der deutsche Vorkassat in Paris, Herr v. Siefert, hatte eine eingehende Aussprache im französischen Außenministerium über das Urteil des Kriegserichts in London. Er brachte in der Unterredung, die er in Abwesenheit des französischen Außenministers wegen der Geschäftsverhinderung mit dem Generalkonsul gegen Verhelfel hatte, die Auffassung der deutschen Regierung sowie die Stimmung der deutschen öffentlichen Meinung über das belagerte Urteil zum Ausdruck. Generalkonsul Verhelfel sagte zu, den Inhalt der Unterredung unverzüglich zur Kenntnis seines Chefs und des französischen Ministerpräsidenten zu bringen. Eine Note wurde nicht überreicht.

Gräfin Laßbergs Enkelin.

Roman von Fr. Lehne.

18. Fortsetzung.

„Hast du mich denn so lieb, mein Kleines?“

„Und du fragst er noch, der nützliche, liebe Mann! Vom ersten Tage an, da ich dich sah - du warst ja der einzige, der es gut mit mir meinte. Ach, Dagobert auch. Ich habe im Seminar so oft an dich gedacht. Und wie habe ich mich gefreut, als Heria von deinem Urlaub erzählte! Ach, und nun mußt du morgen schon fort!“

„Ich komme wieder, und bald, so oft als ich es möglich machen kann, wirst du mich hier sehen. Ich habe mir Schmeichelei von deinen Lippen geföhrt, und du hast mich besorgt, daß ich nur noch an dich denken muß!“ Schwer nur trennten sie sich.

Lange lag Yvonne wach in ihrem Bett. Vor Glückseligkeit fand sie keinen Schlaf, immer mußte sie an Luz denken. Wie sie ihn liebte! Alle ihre zurückgedämmten Empfindungen träumten über ihn. Ja, er war gut, und um jedenwillen würde sie nun gehen auf Burgau ausfahren, bis er sie heimführen konnte.

Ein Vierteljahr war sie nun schon wieder hier, nachdem sie das Seminar verlassen hatte. Wie im Fluge waren ihr die fünf Jahre doch vergangen. Sie war sehr fleißig gewesen und hatte sich bald die Sympathien aller ihrer Lehrer zu erringen gewöhnt.

Die andere Umgebung, der Umgang mit Altersgenossen hatte lebend auf sie eingewirkt. Von Tag zu Tag blühte sie mehr auf, und jetzt, mit ihren neunzehn Jahren, war sie ein wunderliches Mädchen geworden.

Schweren Herzens hatte sie den ihr so lieb gewordenen Aufenthalt verlassen. Sie erinnerte sich noch ganz genau des Augen ihrer Rückkehr nach Burgau. Groß, fast feindselig hatten während der kurzen, fahlen Begrüßungsmomente die Augen der Gräfin auf ihr gerührt, wie in unheimlicher Ueberrückung. Es war wieder dasselbe Bild. Die sprechende Mchlichkeit mit ihrer Mutter verhiinderte jedes wärmere Gefühl, das die alte Frau vielleicht doch für die Tochter ihres einzigen Sohnes haben konnte oder wollte.

Und so ging das Leben seinen früheren Gang weiter. Im Anfang hatte sie die Großmutter gebeten, daß sie ihr doch erlaube, eine ihren Kenntnisse und Fähigkeiten entsprechende Stellung anzunehmen.

Doch schloß wurde sie mit dieser Bitte zurückgewiesen - ein für allemal. Für eine Gräfin Laßberg sei das ganz ausgeschlossen.

Und Yvonne gebildete sich und wartete. Wenn sie mündig war, würde sie auf jeden Fall ihre Selbständigkeit behaupten.

Sie war flug und widersprach der Großmutter nie. Doch lag dann in ihrer Haltung, ihr Gesicht unbewußt, etwas Abnehmendes, Selbstbewußtes, was die Gräfin, die ja eine geborene Tyrannin war, reizte und sie dann noch schärfer und rücksichtsloser sein ließ. Aber Yvonne weinte und klagte nie mehr. Dazu war sie zu stolz.

Sie hatte ja jetzt auch genug, womit sie ihre Tage ausfüllen konnte. Aufs eifrigste setzte sie ihre Studien fort. Sie kümmerte sich aber auch um die Kinder und um die Kranken des Personals. Die allen Kraftmanns vergötterten sie förmlich, und jeden Tag sprach sie bei ihnen vor.

Auch Christiane hatte sich mit Yvonne ausgeföhnt. Sie sang ihr Loblied in allen Tönen. Sie war doch anders als Baroness Heria, die ein hochmütiges Benehmen gegen niedriger Geborene zur Schau trug und sich dadurch bei allen sehr unbeliebt machte.

Yvonne verhalten zu den Verwandten auf Bernried war sehr kühl. Sie ließ sich keine Angelegenheiten mehr gefallen; sie war eine Persönlichkeit geworden, die man nicht übersehen konnte. Und die Baronin gönnte ihr ihre fremdartige, auffallende Schönheit nicht, der ihre Heria nicht im mindesten gewogen war. Diese hatte sich zu einem hübschen Mädchen entwickelt; aber so wie sie ausfah, sah auch Dühend andere aus. Nichts von Eigenart und Klasse fehlte ihrer Erscheinung an. Ihr Bruder Luz war entschieden viel hübscher und wohl auch vornehmer als seine Schwester.

Yvonne hatte keine Sympathie für die Cousine, deren häßlicher, heimtückischer Charakter sie abhieß. Sie war froh, wenn sie tante und Cousine nicht sah. Da war ihr die

Großmutter viel lieber, denn die Frau hatte trotz allem Größe, und Schleichwege oder schwächliche Zugeständnisse gab es für sie nicht. Entweder alles oder nichts!

Yvonne dachte jetzt anders über ihr Verhältnis zur Großmutter. Bis erwasfene Mensch begriff sie auch deren Handeln und beurteilte es von dem Standpunkt der alten Frau, die es nicht über sich gebracht hatte, dem unwillkommenen Enkelkinde eine Liebe zu zeigen, von der ihr Herz nichts wußte. Und sie dadurch selbst betraubi - war einjam geworden.

Yvonne lebte nur noch in den Gedanken an Luz. Sie bekam etwas Weiches, Verträumtes, so daß die Gräfin sie oftmals prüfend anah und sich fragte: „Was ist mit ihr geworden?“ Doch das junge Mädchen verstand, sich gut zu beherrschen; niemand konnte ja auch den Grund seiner inneren Erhabenheit erraten.

Luz suchte es möglich zu machen, öfters zu kommen. Aber nicht immer ging es nach Wunsch; der Urlaub war knapp, und nur flüchtige Stunden oder gar Minuten waren es, die sie sich haben konnte. Sie klagte darüber, doch er vertrotelte sie damit, daß er im nächsten Sommer sicher längeren Urlaub erhalten werde.

„Dann aber spricht du mit Großmama, Luz!“

„Ja, mein Lieb, du sollst nicht länger leiden.“

„Sie kann doch nichts gegen deine Verbindung mit mir haben; ich bin dir doch ebenbürtig, eine Gräfin Laßberg.“

„Und wäre es nicht, mein Süßes, am dich nehme ich einen Kampf mit der ganzen Welt auf!“ rief er übermütig. „Und alle werden mich um meine kleine, süße Frau beneiden! Im Vertrauen - Dagobert hat eine unglückliche Liebe zu dir.“

Sie schmeigte sich fester an ihn. „D, sage mir das nicht. Ich glaube, Heria liebt ihn. Wenn er nur ihre Geföhle erwiderte, dann würde ich einen leichteren Stand bei deiner Mutter haben. Auch sie mag mich so wenig lieben. Luz, aber du, du läßt mich von mir, was sie auch sagen werden!“ rief sie leidenschaftlich aus.

„Ach, mein Luz, mir ähnt, daß uns schwere Tage bevorstehen!“

(Fortsetzung folgt.)

Ergänzend zu dieser offiziellen Mitteilung wird noch bekannt, daß auch Dr. Stresemann mit dem französischen Botschafter in Berlin eine eingehende Unterredung hatte. Obwohl Dr. Stresemann wie auch Herr von Goebbels machen die französische Seite sehr ernst darauf aufmerksam, welche tiefe Erregung der Freispruch Rouziers in ganz Deutschland ohne jeden Unterschied der Partei hervorgeufen hat. Er brachte zum Ausdruck, daß bei Aufrechterhaltung des Urteils der Geist der Verhandlungspolitik Gefahr leiden müßte. Die maßgebenden Stellen der Reichsregierung erwidern gegenwärtig die Schritte, durch die die Reichsregierung der Entzifferung des gefassten deutschen Volkes über den Freispruch Rouziers Ausdruck geben und darauf hinwirken kann, daß eines Stimm- und Genehmigung für die Zeit erfolgt. Weiterhin wird vor allem aber erwohnen, was den Interessen der deutschen Bevölkerung dient. Wie groß die Entzifferung in Deutschland ist, zeigt sich aus der Fülle der Protesttelegramme, die von allen Seiten bei der Reichsregierung einlangen, in denen die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Reichsregierung alle Mittel zur Wiedergutmachung des Unrechtes von Landau erschöpfen wird.

Rouziers Freispruch rechtskräftig.

Die deutsche Revision angemeldet. Der Freispruch des Beamten Rouziers ist rechtskräftig geworden, da eine Berufung des Staatsanwalts nach französischem Recht nicht erfolgen kann und Rouziers nicht seine Revision verlangt hat. Anzagen haben die Verteidiger der deutschen Angeklagten Revision für ihre Angeklagten in der vorerwähnten Zeit von 24 Stunden angemeldet. Zunächst ist die Anmeldung ohne Angabe von Gründen erfolgt. Der Hauptgrund für das Verlangen nach Revision wird wahrscheinlich die Nichtzulassung der deutschen Zeugen als Nebenkläger sein.

Die Wilmshagen-Angeschuldigten werden selbst aus Gemersheim. Die französische Kommandantur hat, um Ausföhrungen der ersten Verhandlung zu beschleunigen, angeordnet, daß die Wohnung des freigesprochenen Rouziers bis zu dessen Abreise aus Gemersheim durch Gendarmen besetzt wird. Gendarmen durchstreifen auch die Straßen der Stadt und die Lokale. Die Bevölkerung zeigt tiefe Erregung über das Urteil. Viel besprochen wird, daß nach dem Freispruch die Rouziers das gesamte Ministerkollegium nach Paris rufen und auf dem Unterkanzler Rouziers zurück und ihn offensiv und färmend in Gegenwart der Beurteilten beglückwünschte.

Begnadigung der Deutschen?

Wie verlautet, hat die Reichsregierung aus Paris die Mitteilung erhalten, daß die von Landauer französischen Kriegsgericht verhängten Gefängnisstrafen über die deutschen Angeklagten durch eine Begnadigung aufgehoben werden sollen. So gern man diese Begnadigung besonders angesichts der bevorstehenden Weihnachtsferien den Deutschen gönnen würde, so sehr muß doch darauf hingewiesen werden, daß es nicht bei dieser Begnadigung bleiben darf, sondern, daß das Recht wieder hergestellt werden muß, da es sich bei dem Urteil in Landau nicht um einen Rechtspruch, sondern um einen politischen Spruch handelt.

Begnadigung der Landauer Beurteilten.

Aus der Haftentlassen. Der Präsident der Französischen Republik, Doumergue, hat ein Dekret unterzeichnet, durch das sämtliche vom Kriegsgericht Landau beurteilten Deutschen begnadigt werden. Die nach dem Landauer Kriegsgerichtsurteil in Haft gehaltenen Deutschen Kegel und Fischer sind nach an Seilschaften aus dem Gefängnis entlassen worden. Der Begnadigung gingen umfangreiche Verhandlungen in Paris voraus, bei denen sowohl der französische Oberkommandierende der Rheinarmee, General Guillaumat, wie auch Kriegsminister Painlevé dem französischen Minister die Begnadigung empfahlen.

Der Antrag des Kriegsministers Painlevé auf Begnadigung sämtlicher vom Kriegsgericht in Landau verurteilten Deutschen ist wie folgt begründet: Im Interesse der Entspannung und der öffentlichen Ruhe hat der Kriegsminister im Einvernehmen mit dem Justizminister und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der von General Guillaumat gemachten Vorschläge sich dahin ausgesprochen, daß Begnadigungsmaßnahmen hinsichtlich der in Landau Beurteilten erfolgen können. Der Kriegsminister hat deshalb dem Präsidenten der Republik ein Dekret zur Unterzeichnung vorgelegt, durch das bedingungslos sämtliche vom Kriegsgericht Landau Beurteilten Straferlass bewilligt wird.

Die Pariser Presse bespricht die Begnadigung der durch das französische Kriegsgericht in Landau verurteilten Deutschen. Wenn man von dem Urteil einiger rechtsstehender Blätter absieht, kann man erkennen, daß der Gnadenakt auf ausgenommen wurde. — In der deutschen Öffentlichkeit wird, bei aller Würdigung des französischen Gnadenaktes, darauf hingewiesen, daß dem Recht damit noch nicht Genüge getan worden ist.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Was kostet der Deutsche Reichstag?

Nach dem Etat für 1927 erfordert der Reichstag einen Zuschuß von rund 6,7 Millionen Mark. Davon entfallen auf die Vorwendeentschuldigungen für 493 Abgeordnete bei einem Monatslohn von je 618 Mark insgesamt 3,6 Millionen. Für die Abgeordnetenfreifahrkarten erster Klasse auf allen Strecken der Deutschen Reichsbahn sind rund 1,3 Millionen Mark eingelegt. Zur Vorbereitung des Erweiterungsbauens des Reichstages steht der Etat unter den einmaligen Ausgaben 50.000 Mark vor. In dem hierauf zu genommenen Neubau, der spätestens 1928 in Angriff genommen werden soll, sind hauptsächlich größere Räumlichkeiten für die Bibliothek, neue Sitzungssäle für die Ausschüsse und Fraktionen sowie eine Reihe weiterer Arbeitszimmer für Abgeordnete untergebracht worden.

Neubau für 31 Finanzämter.

Das Reichsfinanzministerium entwickelt in seinem Etat für 1927 ein großzügiges Bauprogramm. Abgesehen von der Fortführung der zahlreichen schon begonnenen Bauten werden rund 16 1/2 Millionen Mark angefordert für neue Bauarbeiten, und zwar für Um- und Erweiterungsbauten von zwei Finanzämtern sowie für Neubauten für 31 Finanzämter. Ferner ist vorgesehen der Anbau eines Hauses als Anbau für ein Finanzamt, der Kauf eines Grundstücks für ein Hauptzollamt, der Umbau eines Hauptzollamtes, der Ausbau von Kasernen für zwei Hauptzollämter. Schließlich will das Reichsfinanzministerium Neubauten für 27 Zollämter und zahlreiche Beamtenwohnungen errichten, so wie noch einen Erweiterungsbau für ein Zollamt vornehmen.

Deutsch-bulgarischer Vertrag über den Rechtsverkehr.

In Sofia ist der neue deutsch-bulgarische Vertrag über den Rechtsverkehr zwischen dem bulgarischen Minister des Äußeren und dem deutschen Gesandten unterzeichnet worden. Der Vertrag regelt im wesentlichen die gegenseitige Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten und die gegenseitige Verlaubarung von Urkunden. Er wird nach Ratifizierung am Stelle des am 29. September 1911 abgeschlossenen deutsch-bulgarischen Rechtsvertrages treten, der infolge Kündigung am 23. September d. J. außer Kraft gesetzt worden ist.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Zwischen der Aktienmehrheit und der Aktienminderheit in der Gesellschaft für bürgerliche Wirtschaften Verhandlungen stattgefunden, die jetzt zu einem Ergebnis geführt haben. Infolge des getroffenen Übereinkommens scheidet das Reich als Aktionär aus der G.W. aus.

Danzig. Am 1. Januar 1927 wird zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion ein Handelsvertrag durch Polen und das Gebiet der freien Stadt Danzig ein direkter Eisenbahnerverkehr eröffnet.

Uma (Gern). Der Minister des Innern, der Präsekt von Uma und der Polizeidirektor sind wegen eines verdächtigen Attentats auf das Leben des Präsidenten von Peru von ihren Posten zurückgetreten. Es handelt sich um einen Versuch, die vor der Rathwahl erfolgt war, bei der ein Mann den Tod gefunden hatte.

Mexiko. Das Dekret des Präsidenten Calles, in dem die Einuhr irgendwelcher Kriegsmaterials nach Mexiko für ein Jahr verboten ist, ist offiziell veröffentlicht worden und tritt somit sofort in Kraft.

Rückzahlung des Hypotheken-Aufwertungsbeitrages.

Abtau der Ausschüsse für die Beantragung von Teilzahlungen. Moratorium bis 1. Januar 1932.

Wird die wirtschaftliche Lage des Grundbesitzes jetzt recht ungünstig ist und auch in nächster Zeit eine Besserung nicht zu erhoffen steht, hat das Aufwertungsgeleit für die Rückzahlung des Aufwertungsbeitrages ein Moratorium bewilligt. Der Gläubiger kann vor dem 1. Januar 1932 weder von dem Eigentümer des belasteten Grundstücks noch von dem persönlichen Schuldner eine Zahlung verlangen. Es gelten aber solche Vorschriften in Verträgen, die für besondere Fälle eine vorzeitige Fälligkeit der Schuld vorsehen, weiter. Sierher gehören die fast regelmäßigen Vertragsbestimmungen, daß die Hypothek fällig wird, wenn das belastete Objekt nicht ordnungsmäßig gegen Feuer versichert wird oder wenn die Zinsen nicht pünktlich bezahlt werden, ferner, daß das Kontostverfahren eingeleitet oder die Zwangsversteigerung betrieben wird.

Vorzeitige Rückzahlung durch den Schuldner.

Dem persönlichen Schuldner oder dem Eigentümer des Grundstücks (dem dinglichen Schuldner) ist eine vorzeitige Rückzahlung jederzeit gestattet. Der Schuldner kann selbst dann zurückzahlen, wenn die Hypothek vertragsmäßig erst nach dem 1. Januar 1932 fällig wird. Der Zahlung muß jedoch eine dreimonatige Kündigung vorausgehen. Diese kann unter Einhaltung der Frist von drei Monaten zu jedem beliebigen Tage im Jahre erfolgen. Für ihre Form gelten die in der ursprünglichen Schuldurkunde vorgesehenen Vereinbarungen. Wird der Aufwertungsbeitrag vor Eintritt der Fälligkeit zurückgezahlt, so ist der Barwert netto Zinsen unter Berücksichtigung eines Zwischenzinseszinses zu entrichten.

Einschuldungsaktion.

Die Mehrzahl der Schuldner steht mit banaler Sorge dem 1. Januar 1932 entgegen und fragt sich, woher die der schätlichen wirtschaftlichen Lage im Falle einer Kündigung der Geld zur Rückzahlung herkommen werden soll. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß sich der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine der Sorgen seiner Mitglieder angenommen und eine Einrichtung getroffen hat, welche den Hausbesitzern die Abholung der Hypotheken im Wege der Selbsthilfe ermöglicht. Die Bank für Hypothekensicherheiten, deren Aktien der Zentralverband besitzt, übernimmt die Verpfändung, die fällig werdende Hypothek für den Hausbesitzer am 1. Januar 1932 zurückzuzahlen, und läßt sich dafür die dem Eigentümer nach dem Gesetz zuzulassende Grundschuld zur Sicherheit abtreten.

Gewährung von Teilzahlungen. Antragsfrist bis 1. Januar 1927.

Wenn es mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Eigentümers oder des Schuldners zur Anwendung einer großen Flexibilität und unabweisbar erscheint, kann die Aufwertungsstelle anordnen, daß der Aufwertungsbeitrag derzeitig in Teilbeträgen zu zahlen ist, daß die letzte Rate spätestens am 1. Januar 1932 fällig wird. Gleichzeitig kann bestimmt werden, daß schon vom 1. Januar 1930 ab (also zwei Jahre vor dem normalen Fälligkeitsstermin) mit den Zahlungen zu beginnen ist. Der Antrag auf Bewilligung von Teilzahlungen muß spätestens bis zum 1. Januar 1927 bei der Aufwertungsstelle gestellt sein. Wenn Teilzahlungen bewilligt werden, so ist dieses auf Antrag hin in das Grundbuch einzutragen. Dieser Antrag kann von dem Gläubiger oder Schuldner formlos gestellt werden.

Gräfin Labbergs Entlein.

Roman von Fr. Lehne.

19. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Sag' dich nicht vorher — kommt Zeit, kommt Rat! Mit Großmama und Mama würde ich schon gut fertig werden, würde mich überhaupt nicht darum kümmern, was sie lagen, wenn — wenn nicht?“ „Was Luz? Warum sprichst du denn nicht weiter?“ „Wenn eben das leidige Geld nicht wäre, Kleines! Denn du hast nichts, und ich, lieber Gott, ich bin so abhängig von Großmamas Gnaden. Deshalb müßten wir sein diplomatisch vorgehen, kleine Yvonne, nichts überfliegen. Sie ist doch auch so schön, unsere heimliche Liebe.“ Und in keinen Lüssen erkundete er die ihr aufsteigenden Waden. — — — Frau Landrat von Hammerstein machte mit ihrer Tochter Daisy die Gräfin Labberg Besuch. Daisy war erst vor kurzem aus New York zurückgekehrt, wo sie sich ein Jahr bei Verwandten aufgehalten hatte. Sie war eine weiße, aber schön, aber dafür sehr elegante Erscheinung, dabei ungenügend selbstbewußt in ihrem Auftreten. „Herta schloß bald intime Freundschaft mit ihr, und die Berontin war sich sofort darüber im Klaren, daß Daisy von Hammerstein eine passende Frau für Luz sein würde. Sie ermahnte dies mit ihrer Mutter, die ihr auch darin beistand, kleine Yvonne, die erste Yvonne, nichts überfliegen. Sie ist doch auch so schön, unsere heimliche Liebe.“ Und in keinen Lüssen erkundete er die ihr aufsteigenden Waden. — — — Die Dintererierstage verlebte Luz wieder auf Bernried; er kam jeden Tag, die Großmutter zu begrüßen. Yvonne merkte ihm an, daß er verstimmt war. Sie drang in ihn, ihr zu sagen, was ihn quälte. „Köndel nicht er über die Gesellschaft.“ „Ach, Mann, du kannst mir auch nicht helfen. Ich bin in einer schiefen Situation.“ „Vergessen! Ich sei ihn an, begriff sofort. „Luz, du hast Schulden?“

„Man ja, das läppert sich so zusammen. Weiß der Teufel, wo das Geld herfällt.“ „In wieviel verzinste Geschäften sah, tat es ihm leid, sie mit einem Sorgen besetzt zu haben. „Luz, gut sein, mein Kleines; 's wird auch schon Rat geschafft werden.“ „Luz, du kannst ja ein reiches Mädchen heiraten.“ „Ist sie leise, „dann ist dir sofort geholfen.“ „Dank für deinen menschenfreundlichen Vorschlag. Du hast wahrheitlich auch schon jemand für mich in petto.“ „Ja, Daisy von Hammerstein. Großmama und deine Mama sind sehr dafür, und Herta schwärmt bereits von der zukünftigen Schwägerin.“ Er lachte einen scharfen Pfiff aus. „Ach, kommt der Wind daher! Deshalb auch die feierliche Einladung zum zweiten Festtag. Man ist ja sehr auf mein Glück bedacht!“ „Die Hammersteins sind sehr reich, Luz, und Daisy wird außerdem noch extra von den amerikanischen Verwandten erben.“ „Weiß ich alles, mein Engel, und vielleicht noch länger als du. Aber wenn du mich lieb hast, Yvonne, kommst du mit mir wieder damit. Ich habe dich!“ Er faßte ihren Kopf mit seinen beiden Händen und sah ihr in seiner unwiderstehlichen Art tief in die Augen. Er lächelte dazu, und da lächelte auch der Mund und die Wangen von ihrem Herzen. Sie lachte und meinte: „Luz, ich wäre geflohen, wenn du mich aufgeben würdest. Du liebst mich doch — dann kannst du auf meine andere heiraten.“ „Und eine Daisy Hammerstein, ein solch arrogantes Geschöpf, am allerwenigsten. Muß halt Dagobert noch mal ran,“ murmelte er. „Es wird mir schließlich schwer, geht aber doch nicht anders.“ Er küßte ihr die Tränen aus den Augen. „Kopf hoch, mein Lieb, nicht weinen! Ich will dich nur losen und froh sehen. Im Zufall so ich mirzech Tag hier; Pfingsten werde ich dir diesmal nicht kommen.“ „Luz, ich säße die Tage bis dahin! Hoffentlich bist du dann deiner Sorgen ledig, so daß wir unsere Liebe nicht mehr zu verteidigen brauchen. Diese Heimlichkeit ist mir schrecklich; ich komme mir so unwürdig vor.“ „Mit einem schwer zu beschreibenden Blick sah er sie da an. „Er lächelte sie fast in seine Arme. „Süßeste, ich habe dich ja so lieb! Beirpichst mich aber — bist mir dein Wort darauf — nicht eher zu reden, als bis ich es selbst tue, damit uns nicht alles verdorben wird.“ „Wenn sie ahnte, mit was für Schwierigkeiten er zu kämpfen hatte, wie leicht ihm das Geld durch die Finger glitt, ihre Sorgen würden noch viel größer geworden sein. Und nun kam noch von anderer Seite etwas, das sie mit großer Befürchtung erfüllte. „Herr! Herta von Hammerstein, der Sohn des Landrats, arbeitete seit dem 1. Mai auf dem Landratsamt. Er hatte die üblichen Beuche an den Gütern der Nachbarschaft und bei jeder Gelegenheit auch die Bekanntheit Yvonne auf Burgau gemacht. Rettungsschiffe hatte er sich beim ersten nun allerlei Huldigungen und Aufmerksamkeiten. Luz, die Frau Landrat war jetzt ausnehmend liebenswürdig zu Yvonne und lud sie ein, doch Daisy recht oft zu besuchen und Tennis mit ihr zu spielen. „Ich kam Daisy unermüdet mit ihrem Dageort vorgefahren, sie abgehoben. „Ach, es war alles so durchsichtig für sie, man wünschte ihre Verbindung mit dem Herta, und sie hatte doch einen direkten Überblick gegen diese blonden, faden, flatternden Menschen, durch deren begehrtliche Blitze sie sich förmlich beleidigt fühlte. Er wich nicht von ihrer Seite, brachte ihr Bücher, Blumen, schöne Früchte, und ihr war, als ob ein Netz über sie gemorren wurde, denn ihre fülle, manchmal sogar ungezogene Aweber wurde gar nicht einmal bemerkt.“ „Der Grund waren des Hertas Bemühungen natürlich nicht entgegen; sie war bescheidig darüber, dann würde Yvonne doch standesgemäß untergebracht sein. Diese warzete förmlich auf eine Andeutung der Großmutter in der Angelegenheit, um ihr ihre Meinung zu sagen. Wie aber würde sie ihre Freiheit diesem Wunsche opfern.“ (Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festschick.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torquauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Abnehmer um Verzeihung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerdem 7 Goldpfennig für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einsch. Umhüllener, Schmierer und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher ebeden.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesohalt.

Nr. 115. Dienstag, den 28. Dezember 1926. 29. Jahrg.

Keine Zeitung für eifrige Leser.

* Was auf die Fragen der Statuten, der Ausführung von Kriegsmaterial und der Befähigungsbauer sind die zwischen Deutschland und der Entente noch festsitzende Punkte durch Vereinbarung beigelegt worden.
* Der vorkriegsrechtliche Abgeordnete und Abgeordnete des Reichstages sind die einzigen, die sich vor allem wegen seines Gegners gegen Polen zunächst sehr deutschfreundliches abwardete, ist zu Deutschen ausweisungen aus dem Memelland geschritten, denen noch weitere folgen. Das alles verlangt gespannte Aufmerksamkeit der Reichsleitung, verlangt vielerlei aber auch schnelles Handeln.
* Der neue Herrscher von Japan hat in einer Proklamation sein Volk erklärt, daß er künftig den Namen „Mitschubiro“ führen werde.

Keine Atempause.

In Neujahrsferien werden dieses Jahr namentlich die Leiter der deutschen Außenpolitik kaum gehen können; von einer politischen Atempause wird man diesmal nur wenig erwarten. Alles dringend sind die Fragen, die Konflikte, die sich gerade in der letzten Zeit entsponnen haben. Nicht bloß der Streit um das Urteil in Zandau wird unmittelbar nach Weihnachten das politisch-diplomatische Getriebe schnellstens wieder in Gang bringen, sondern es ist auch im Osten eine drohende Welle am politischen Himmel emporgezogen, die in ihrem Schöße mehrerer Ereignisse bergen kann. Das neue Regime in Litauen, das sich vor allem wegen seines Gegners gegen Polen zunächst sehr deutschfreundliches abwardete, ist zu Deutschen ausweisungen aus dem Memelland geschritten, denen noch weitere folgen. Das alles verlangt gespannte Aufmerksamkeit der Reichsleitung, verlangt vielerlei aber auch schnelles Handeln.

Das betrifft aber dabei ist es aber, das es sich hier um Dinge handelt, durch die unsere Volksgenossen im Ausland getroffen werden; denn vorläufig ist ja die Polz wie das besetzte Gebiet überhaupt noch eine Art Ausland für uns, da ja Deutschland dort nur ein sehr gemindertem Selbstrecht besitzt, Fremdnächte dagegen fast vollständigen Hoheitsrecht. Gerade aber in den Tagen der so eigentlich recht deutschen Feste bei Ende des Jahres sind unsere Gedanken hinausgewandert zu den Deutschen jenseits der Grenze. Im besetzten Gebiet, in Litauen, aber nicht minder auch in Südrußland und anderswo, überall dort, wo Deutsche wohnen jenseits unserer Grenzen, mag es ein trübes Weihnachten gewesen sein. Und wir dürfen uns denken, daß der Genuß nicht verschlehen, daß der Aufenthalt in dem Volkstum, auf das deutsches Vaterland nicht erfolglos geblieben ist, daß von dem Vorlande Stück um Stück durch die wild aufgekeimten Wogen des fremden Nationalismus angegriffen wird. Soll es wirklich deutsches Schicksal sein, nicht bloß wie früher jenseits der Ozeane fremden Völkern als Kulturdinge zu dienen, sondern nun auch allmählich in jenen Gebieten unterworfen zu werden, die vor vielen Jahrhunderten von Jähren das Deutschland sind und der Kultur mit Blut und Schweiß erobert hat?

Daher gibt es eigentlich gar keine Festpause für jene, in deren Hand die Bewahrung unseres Reiches und Volkes gelegt worden ist. Etwas dabei ist nur, daß dabei wenigstens innenpolitische Streitigkeiten nicht hemmend wirken können, weil ja die Auseinandersetzungen hierüber um längere Zeit vertagt sind, und es ist gut so. Mögen sich wegen jener außenpolitischen Streitpunkte jetzt die parteipolitischen und innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht ganz zum Schweigen bringen lassen, so werden diese doch hoffentlich auf unser außenpolitisches Handeln ohne jede Wirkung bleiben. Genuß ist es kein unerschütterlicher Bestand, bei dem Kontakt mit Frankreich wegen des Randauer Brückens anzunehmen, daß der französischen Regierung die Festpause gar nicht so unannehmlich ist; für uns wird sie nur ein Atempolen sein, um dann mit stärkerer Wucht und größerer Energie den Widertritt einer uns bedrohenden Lösung entgegenzuführen.

Wo alles heißt, daß man Polen allein nicht fern bleiben. Die Wachsamkeit der in Ostpreußen überlagert sich wieder einmal; man hat am Tage der Weihnachten in Skatowitz acht Deutsche verhaftet, weil sie angeblich Agenten des deutschen Mitgliedes der „Gemischten Kommission“, Dr. Lutzschel, gewesen seien. Wie unheimlich das ist, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß sich die angeblich vorgelundenen Schriftstücke nur auf den 1. Januar 1927 beziehen. Damals war Ostpreußen noch — deutsch. Freilich wird es der polnischen Regierung sehr unangenehm sein, daß es diesen Leuten gelungen war, die engen Beziehungen zwischen ihr und den Aufständischen, dazu die Teilnahme

von polnischen Truppen an jenem Aufstand festgestellt zu haben.

Es ist überall das gleiche; die Quäereien, denen das Reichstum jenseits unserer Grenzen unterliegt, werden fortgesetzt ohne jede Rücksicht auf die Gedanken des Völkereinstimmiges und des Bundes der Völker. Man kann noch nicht sagen, daß hierin eine Besserung eingetreten ist, und nur selten erweist uns eine Kunde wie die, daß jene Gemischte Kommission unter dem Vorsitz Galenders die Übergabe Polens in der Schlußfrage abgelehnt hat, daß auch in Ostpreußen deutsche Eltern ihre Kinder den „Polen“ zuführen und damit deutschem Volkstum erhalten können.

Ein Fest war uns beschieden, eine Atempause aber nicht gestattet; das ist deutsches Schicksal in der Gegenwart und es wird lange dauern, ehe wir einen Feiertag ohne Sorgen werden begehen können.

Deutscher Protest gegen die Memel-Ausweisungen

Die Ausweisungsbefehle aus Litauen an eine Anzahl Reichsdeutscher des Memelgebietes sind amtlich bestätigt worden. Die Reichsregierung hat den deutschen Behörden in Litauen angeordnet, sofort energig den Protest zu erheben und von der litauischen Regierung die Aufhebung der durch nichts gerechtfertigten Ausweisungsbefehle zu verlangen.

Ausweisung Reichsdeutscher aus dem Memelgebiet.

Knigsberg. Nach einer Mitteilung aus Memel wurden der Hauptlehrer Robert Seubner und seine Frau sowie Rechtsanwalt von der „Memelischen Rundschau“ in Predeburg aus dem Memelgebiet ausgewiesen. Der Ausweisungsbefehl wurde mündlich von einem Beamten der Staatspolizei mitgeteilt. In der Mitteilung heißt es, daß die Ausweisung auf Befehl des Militärkommandanten im Memelgebiet erfolgt sei und daß die Betroffenen bis zum 1. Januar 1927 das Gebiet zu verlassen hätten. Gründe für die Ausweisung wurden nicht angegeben. Neben Seubner sind noch eine ganze Anzahl anderer deutschgeprägter ausgewiesen worden.

Ein Stück weit

Wieder sind ein paar Streitpunkte ausgemacht worden, die auf dem Gebiete der wehrpolitischen Verfügung liegen und über die man sich in den Monaten ergebnislos verhandelt hat. Einmal ist es ein Streit über die Höhe des Jahreslohnens großer Stein des Anlasses war. Einmal ist es ein Streit über die Höhe der Gehälter der Beamten eines künftigen Landesmuseums. Einmal ist es ein Streit über die Höhe der Gehälter der Beamten eines künftigen Landesmuseums. Einmal ist es ein Streit über die Höhe der Gehälter der Beamten eines künftigen Landesmuseums.

Das wesentliche dabei ist, daß die Schutzpolizei nun endlich einmal von der Grenze abgezogen werden kann. Diese fängenden Eingriffe in innerdeutsche Angelegenheiten sind immer untragbarer geworden; wir können verlangen, daß man auf unsere Forderungen vertritt, nachdem man die Streitfragen schon jahrelang geradezu an den Haaren herbeigeführt hat, weil man wirkliche Angriffspunkte eben nicht mehr fand. Das gleiche gilt von dem zweiten Verlangen der Entente, die sogenannten „Schutzpolizei“ abzugeben. Die deutsche Regierung hat sofort bei Aufstehen dieser Forderung darauf verwiesen, daß die Behandlung dieser Verträge eine innerdeutsche Angelegenheit im Rahmen der deutschen gesetzlichen Bestimmungen resultieren aus dem Verfallenen Friedensvertrag und die deutsche Regierung hat praktisch befohlen,

daß sie dort, wo nach ihrer Ansicht ein solcher Verband militärischen Charakter hatte oder erhalten hätte, zugriff und sofort mit einem Verbot einschritt. Gerichte wollten wissen, daß in Dohru der deutsche Außenminister die Aufhebung der politisch rechtswidrigen Wehrverbände zugelassen habe; dies war nicht der Fall, denn es wurde bei einer entsprechenden deutscher Gesandtschaft vor Gericht innenpolitischen Auseinandersetzungen gekommen. Jetzt hat sich die Entente mit dem bestehenden gesetzlichen Zustand einverstanden erklärt, außerdem wohl ein deutsches Verprechen erhalten, wenn nötig, zu einer Ausdehnung der betreffenden Gesetzgebung zu schreiten.

In letzter Zeit war dann noch auf Grund angelegter oder überlieferter Vorformulierung von der Entente behauptet worden, in der Reichswehr erfolgten Entstellungen von Zeitschuldnern, also ohne Anzeigebildung der Verpflichtung zu der vom Verfallenen Beträge und demgemäß durch deutsches Gesetz vorgeschriebenen zwölfjährigen Dienstzeit. Der offizielle Bericht, der über die letzte Einigung mit der Vorkonferenz herausgegeben worden ist, berührt auch diese Frage der Entstellung in die Reichswehr, ohne aber sich näher darüber auszulassen, welche Zusagen seitens der deutschen Regierung erfolgt sind. Näheres darüber wird man erst erfahren, wenn in der ersten Januarwoche die entsprechenden Noten vorliegt sind.

Wenden nun noch einige schwierige Fragen, nämlich die der Dörfelungen und der Frage der sogenannten Kriegsministerial. Immerhin ist es erfreulich, daß wir ein Stück auf dem Wege vorwärts gekommen sind, ohne daß wir uns dabei allzu große Zugeständnisse haben machen müssen. Am 31. Januar soll ja die Kontrolle über die deutsche Entlohnung in der bisherigen Form abgebaut werden; noch aber ist nicht zu übersehen, wann diese Einrichtung endlich ganz beseitigt sein wird.



Des

waffnungsprogramms.

gen mit der Vorkonferenz. In der letzten Zeit mit der Vorkonferenz. In der letzten Zeit mit der Vorkonferenz. In der letzten Zeit mit der Vorkonferenz.

feier des Reichspräsidenten

binde für Hindenburg. In der letzten Zeit mit der Vorkonferenz. In der letzten Zeit mit der Vorkonferenz. In der letzten Zeit mit der Vorkonferenz.

Soziale Pflichten für das deutsche Volk.

Außerungen des Reichskanzlers. Der geschäftsführende Reichskanzler, Dr. Marx, bezeichnet in einem Weihnachtswunsch für das deutsche Volk als dringendes Problem unserer Gegenwart und nächsten Zukunft die Frage der großen